

Antworten der SPD

1. Der Hamburger Justizvollzug galt bis zur Jahrtausendwende als modern und progressiv. Was heißt für Ihre Partei moderner, evidenzbasierter Strafvollzug? Was sind Ihre Schwerpunkte zur Reduzierung der Rückfallkriminalität?

Wir wollen eine Strafjustiz, die eine schnelle Strafverfolgung ermöglicht und einen Strafvollzug, der der Resozialisierung eine zentrale Rolle beimisst: Resozialisierung verhindert effektiv erneute Straffälligkeit und ist damit der beste Opferschutz. Dabei setzen wir auf die konsequente Umsetzung der Empfehlungen der Studie zum Resozialisierungsgesetz, etwa bei der Weiterentwicklung der Jugendanstalt Hamburg.

Wir setzen uns für besseren Gesundheitsschutz und mehr Suchtprävention im Hamburger Justizvollzug ein. Mit einem neuen Gesamtkonzept vereinheitlichen und optimieren wir die Gesundheitsversorgung im Justizvollzug. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Unterstützung der Suchtkrankenhilfe, psychische und psychiatrische Versorgung sowie Infektionskrankheiten gelegt.

Resozialisierung ist der beste Opferschutz. Deswegen haben wir ein bundesweit einzigartiges Resozialisierungs- und Opferhilfegesetz auf den Weg gebracht. Um einen fortschrittlichen auf Resozialisierung fokussierten Strafvollzug sicherzustellen, haben wir uns darauf verständigt, am Standort Billwerder eine moderne Jugendanstalt zu errichten und den stark sanierungsbedürftigen entlegenen Vollzugsstandort in Hahnöfersand aufzugeben. Die Jugendanstalt soll im Jahr 2026 fertiggestellt sein. Basis dafür ist der interfraktionell beschlossene Justizvollzugsfrieden (Drs. 21/12547). Wir haben zudem dafür gesorgt, dass zukünftig mehr Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit getilgt werden können (Drs. 21/16525).

2. Derzeit und schon länger sind die JVA Billwerder, die JVA Fuhlsbüttel und die Untersuchungshaftanstalt voll oder sogar überbelegt. Bei nur 3,8 % Ersatzfreiheitsstrafenanteil (sehr niedrig im bundesweiten Vergleich!). Wie will Ihre Partei diese Situation entschärfen?

Die provisorische Unterbringung von psychisch kranken Straftäter*innen in der Untersuchungshaftanstalt wollen wir so schnell wie möglich beenden. Statt teurer Ersatzfreiheitsstrafen, die oft nur geringe Resozialisierungserfolge erzielen, setzen wir auf präventive Maßnahmen, auf Früherkennung mittels der sozialpsychiatrischen Dienste der Bezirke und auf eine effektive Wiedereingliederung. Daher wollen wir die aufsuchende Sozialarbeit ausbauen: Wir unterstützen Menschen in schwierigen Lebenslagen frühzeitig, um Straffälligkeit von vornherein zu vermeiden. Ebenso wollen wir die Angebote an gemeinnütziger Arbeit ausbauen: Wir benötigen mehr attraktive Angebote gemeinnütziger Arbeit, die den Betroffenen neue Perspektiven eröffnen und gleichzeitig einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen. Ebenso wird die neue Rechtslage auf Bundesebene, die eine Reduzierung von Hafttagen bei Ersatzfreiheitsstrafen zur Folge hat, ihre Wirkung in Hamburg erst noch entfalten, da davon keine Altfälle umfasst sind. Auch dies wird zu einem Rückgang der Gefangenenzahlen beitragen.

Antworten der SPD

3. 2023 starteten drei AVD Lehrgänge mit 10, 11 und 15 Teilnehmern bei jeweils 20 geplanten Plätzen. Gleichzeitig gab es 44 altersbedingte und 24 weitere Austritte aus dem AVD, ähnlich sieht es 2024 aus. Wie will Ihre Partei das- Nachwuchsproblem im Justizvollzug bei steigenden Gefangenenzahlen lösen?

Die SPD Hamburg erkennt die Herausforderungen im Justizvollzug, insbesondere im Hinblick auf den Personalmangel und die steigenden Gefangenenzahlen. Um dem Nachwuchsproblem entgegenzuwirken, setzen wir auf eine umfassende Personaloffensive. Diese beinhaltet die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und die gezielte Werbung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem sollen die Arbeitsbedingungen im Justizvollzug durch Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie attraktiver gestaltet werden.

4. Die Bundesregierung will HIV, Hepatitis B und C bis 2030 eindämmen (Bundesprogramm „BIS 2030“). Inhaftierte werden jedoch kaum behandelt (2022: 30 Hep C Behandlungen). Schätzungen zufolge sind bis zu 20 % der Inhaftierten Hep C positiv. Wie plant Ihre Partei, die Ziele „BIS 2030“ zu erreichen?

Die SPD Hamburg unterstützt das Bundesprogramm „BIS 2030“ zur Eindämmung von HIV sowie Hepatitis B und C und hat den Handlungsbedarf in Justizvollzugsanstalten erkannt und geeignete Maßnahmen ergriffen. Um die Gesundheitsversorgung Inhaftierter zu verbessern, setzen wir auf den Ausbau medizinischer Versorgung, regelmäßige Tests, Aufklärungskampagnen und garantierten Zugang zu modernen Therapien. Ziel ist es, Infektionen frühzeitig zu erkennen, zu behandeln und weitere Ansteckungen zu verhindern.

5. In Hamburg missbrauchen mind. 40 % der Inhaftierten Alkohol, Drogen oder Glücksspiel. Nur wenige erhalten die Möglichkeit, eine Therapie anstelle einer Strafe zu absolvieren (§35 BtMG). Wie plant ihre Partei, diesem Problem zu begegnen, Ihre Partei, diesem Problem zu begegnen, insbesondere angesichts des Kostendrucks auf die Suchthilfe?

Die SPD Hamburg setzt auf eine umfassende Suchthilfestrategie, um Inhaftierten bessere Therapiechancen zu bieten. Durch den Ausbau gemeindepsychiatrischer Verbände und ambulanter Angebote soll die Resozialisierung gefördert und Rückfälle verhindert werden. Trotz Kostendrucks wird eine effiziente Mittelverwendung priorisiert, um präventive Maßnahmen zu stärken. Zudem soll die Anwendung von § 35 BtMG erleichtert werden, um mehr Inhaftierten Therapien statt Strafe zu ermöglichen. Ziel ist es, den Kreislauf von Sucht und Kriminalität nachhaltig zu durchbrechen.

6. Vollzug, Übergangsmanagement und Bewährungshilfe verwenden verschiedene digitale Verwaltungssysteme, die kaum Schnittstellen aufweisen. SoPart soll zukünftig für alle eingeführt werden — wie steht Ihre Partei dazu, die Mittel für eine gelingende Vernetzung der Akteure sicherzustellen?

Antworten der SPD

Die SPD Hamburg unterstützt die Digitalisierung der Justiz, um Effizienz und Vernetzung zu verbessern. Die Einführung von SoPart als einheitliches System für Vollzug, Übergangsmanagement und Bewährungshilfe ist ein wichtiger Schritt, den wir mit der Bereitstellung nötiger Mittel begleiten wollen. Die Partei setzt sich seit langem für eine moderne, digital vernetzte Justiz ein, um Prozesse transparenter und bürgerfreundlicher zu gestalten

7. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass die Bediensteten in den JVAen demokratische Werte vertreten und diese an die Inhaftierten weitergegeben werden? Wie soll die Zusammenarbeit und die Finanzierung von externen Trägern der Demokratieförderung und Extremismusprävention gewährleistet werden?

Die SPD Hamburg setzt auf eine starke Justiz und gezielte Maßnahmen zur Demokratieförderung in den Justizvollzugsanstalten (JVAen). Um sicherzustellen, dass Bedienstete demokratische Werte vertreten und weitergeben, werden Aus- und Weiterbildungen zu Demokratiebildung und Extremismusprävention gestärkt. Zudem wird die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgebaut und über Förderprogramme finanziell gesichert. Auf Bundesebene unterstützen wir das Demokratiefördergesetz, um eine langfristige Finanzierung zu gewährleisten. So soll ein starkes Netzwerk zur Demokratieförderung und Extremismusprävention in den JVAen entstehen.

8. Die christliche Gefängnisseelsorge ist in Deutschland fest verankert. Andere Bundesländer haben mittlerweile feste Vollzeitstellen für muslimische Gefängnisseelsorger geschaffen. Wie steht Ihre Partei zur Etablierung solcher Stellen für die Hamburger Justizvollzugsanstalten?

Im Justizvollzug nimmt die Gefängnisseelsorge eine wichtige Stellung ein. Seelsorger:innen begleiten sowohl religiöse als auch nichtreligiöse Inhaftierte während und nach der Haft in ihrer persönlichen Entwicklung und fördern die Resozialisierung. Die Zugehörigkeit zu einer religiösen Einrichtung stärkt das Vertrauen und die Bindung. Um die religiöse Seelsorge im Strafvollzug zu gewährleisten und das Verständnis und die Toleranz zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften zu fördern, refinanzieren wir in 2025/2026 1/3 der anfallenden Kosten. Das betrifft im Strafvollzug eine Vollzeitstelle für die evangelisch/katholische Seelsorge, eine Stelle für die muslimische Seelsorge und eine 1/3 Stelle für die christlich-orthodoxe Seelsorge (Drs. 22/17213), wobei auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften weiter einen erheblichen Eigenanteil leisten.